

Senatspläne in Berlin-Dahlem: Unigebäude oder Flüchtlingsunterkunft?

„Widerstand gegen Flüchtlingscontainer auf Uni-Gelände in Berlin-Dahlem: Konflikt zwischen Senat und FU eskaliert. Lesen Sie mehr über die kontroverse Debatte.
#Flüchtlinge #Berlin #Uni #Proteste“

Das Grundstück in Berlin-Dahlem, an der Thielallee 63, soll laut den Plänen des Senats in naher Zukunft als Containerdorf für 260 Flüchtlinge genutzt werden. Diese Entscheidung stößt jedoch auf Widerstand, insbesondere von der Freien Universität (FU), die dort eigentlich ein Gebäude für Lehre und Forschung errichten möchte. Die FU-Kanzlerin Andrea Güttner hat gegenüber dem Flüchtlingskoordinator Albrecht Broemme klargestellt, dass eine Unterbringung von Flüchtlingen auf diesem Gelände nicht möglich sei.

Die FU fühlt sich übergangen, da die Hochschulleitung nicht in die Entscheidung des Senats einbezogen wurde und erst aus den Medien von den Plänen erfuhr. Dennoch betont ein Sprecher der Uni, dass die FU grundsätzlich bereit ist, geflüchtete Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen. Eine temporäre Nutzung des Geländes für Flüchtlinge wurde in der Vergangenheit bereits angeboten, jedoch wurde darauf hingewiesen, dass das Grundstück ab 2023 für eigene Bauprojekte benötigt wird.

Der Senat hat Ende März beschlossen, 16 weitere Containerdörfer in Berlin zu errichten, da der Bedarf an Wohnraum für Flüchtlinge nach wie vor hoch ist. Diese zusätzlichen Unterkünfte sollen auf verschiedenen Brachflächen, Parkplätzen und in Bauplanungsgebieten entstehen. Trotz

einiger Widerstände wurden die Standorte beschlossen, wobei vor allem die Ostbezirke Berlins einen Großteil der neuen Containerdörfer beheimaten sollen.

Die Entscheidung, Flüchtlinge in einem Containerdorf auf dem Unigelände in Steglitz-Zehlendorf unterzubringen, führt zu Spott und Kritik im Netz. Einige Nutzer fragen ironisch, warum die FU Berlin Platz für verschiedene Veranstaltungen habe, aber nicht für Flüchtlingsunterkünfte. Diese Diskussion wirft Fragen zur Offenheit und Toleranz der Universität auf, da sie normalerweise als weltoffen gilt. Trotzdem bleibt der Widerstand gegen die geplante Nutzung des Geländes für Flüchtlinge bestehen, während der Bedarf an Unterkünften für Flüchtlinge in Berlin weiterhin groß ist.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de